



**SPD**

**Fraktion der  
Sozialdemokratischen  
Partei Deutschlands im  
Rat der Stadt  
Braunschweig**

## Änderungsantrag

Öffentlich

Datum

11.11.2013

Nummer

3030/13

Absender

SPD - Fraktion  
Platz der Deutschen Einheit 1  
38100 Braunschweig

Adressat

Oberbürgermeister Dr. Hoffmann  
Platz der Deutschen Einheit 1  
38100 Braunschweig

Gremium

Rat

Sitzungstermin

12.11.2013

Betreff

**zu DS 2945/13: „Weitergabe der Bundesmittel zur Entlastung der Kommunen von den Kosten der Grundsicherung durch das Land Niedersachsen“**

Der Rat möge beschließen:

„Der Rat bedauert den Beschluss der Niedersächsischen Landesregierung, die dritte Stufe der Entlastung aus dem ‚Gesetz zur Stärkung der Finanzkraft der Kommunen‘ nicht an die Landkreise und kreisfreien Städte weiterzugeben. Er fordert die Landesregierung auf, diese Mittel an die Kommunen weiterzuleiten.“

### Begründung:

Mit dem „Gesetz zur Stärkung der Finanzkraft der Kommunen“ hat der Bundestag beschlossen, dass der Bund die Kosten für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung vollständig übernimmt. Die letzte Stufe dieser Entlastung ist ab 2014 fällig und beträgt für Niedersachsen 107 Mio. Euro.

Im Gegensatz zu den meisten anderen Bundesländern trug bisher auch das Land im Rahmen des Quotalen Systems einen Teil der Kosten der Grundsicherung. Mit dieser Begründung weigert sich das Land, die dritte Stufe der Entlastung an die Kommunen weiterzugeben.

Diese Begründung kann nicht akzeptiert werden. Das Gesetz hat ausdrücklich die Entlastung der Kommunen zum Ziel, nicht der Kostenträger. Nur weil der Bund die Kommunen nicht direkt finanzieren darf, wurde der Weg über die Alterssicherung gewählt. Auch inhaltlich ist die Begründung nicht haltbar. Sie vernachlässigt, dass alle Bundesländer unterschiedliche Wege zur finanziellen Unterstützung der Kommunen eingeschlagen haben. Insgesamt sind die niedersächsischen Kommunen jedenfalls nicht besser gestellt als die Kommunen anderer Bundesländer. Es ist daher nicht gerechtfertigt, die Kommunen an möglichen Entlastungen durch den Bund nicht im gleichen Maße zu beteiligen.

gez. Manfred Pesditschek  
Fraktionsvorsitzender